

Europa der Regionen

Pauli Doll, Direktkandidat der Bayernpartei, stellt sich vor



Thaining | DSt | Kreisrat Pauli Doll aus Egling tritt bei den bevorstehenden Wahlen zum 17. Deutschen Bundestag als Direktkandidat der Bayernpartei im Wahlkreis 226 an. Bei einem politischen Dämmerschoppen des Kreisverbandes Landsberg im „Gasthaus Stork“ in Thaining stellte Doll sich und seine politischen Ziele vor.

„Jede Minute steigt in Deutschland die Staatsverschuldung um über 200.000 €“, warnte Doll die Zuhörer, „das belastet nicht nur enorm die kommenden Generationen, sondern führt schon sehr bald zu dramatischen Folgen für alle Bürger.“ Wenn ein privater Unternehmer eine vergleichbare Schuldenlast anhäufe, würde ihm derselbe Staat binnen kürzester Zeit wegen Konkursverschleppung den Prozess machen. Auch zu Recht, findet Doll, aber leider würden die verantwortlichen Politiker beim Staat ganz andere Maßstäbe anlegen. Doll weiter: „Es wird Zeit, dass eine neue Kraft politische Verantwortung übernimmt und mit echten Alternativen, z. B. einer Steuervereinfachung nach Prof. Kirchhof sowie einer Dezentralisierung und Regionalisierung Wege aus der Krise aufzeigt und auch umsetzen kann.“ Die Idee eines „Europa der Regionen“ gewinne immer mehr Anhänger. Bayern müsse z. B. über eigene Angelegenheiten selbst entscheiden können und die Verlagerung von Kompetenzen dürfe nur im Konsens mit allen beteiligten politischen Ebenen vorgenommen werden. Zum Thema Bundeswehreinätze im Ausland erklärte Doll, dass die Bundeswehr primär für die Landesverteidigung zuständig sei: „Ich stehe daher für einen schnellstmöglichen Abzug der Bundeswehr vom Hindukusch. Kein Blut bayerischer Soldaten für die Schlachtfelder dieser Welt!“

Werner Baur, Kreisvorsitzender der Bayernpartei, sprach sich in seiner Rede für die gezielte Förderung von mittelständischen Unternehmen aus. Dazu sei es unbedingt notwendig, die Banken gesetzlich anzuweisen, sich mehr um die Bereitstellung von günstigen Krediten für kleine und mittelständische Betriebe zu kümmern.

Kreisrat Pius Abenthum forderte, dass das Einkommen der Landwirte ebenso zu schützen sei, wie es bei Löhnen und Gehältern bereits der Fall sei. Dies solle über eine faire Preispolitik für landwirtschaftliche Güter sichergestellt werden, wobei sich der zu erzielende Preis nicht allein nach der Menge, sondern auch nach der Qualität gesunder und möglichst rückstandsfreier Erzeugnisse richten solle. Kreisrat Georg Wegele ergänzte zu diesem Thema: „Wir wollen kostendeckende Preise für unsere qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Ebenso muss die regionale Direktvermarktung unserer Produkte besser unterstützt werden“.